

Verteidiger der Staatlichkeit, nicht des Staates

Zum Tod von Rainer Schmalz-Bruns (1954–2020)

Peter Niesen*

Der Tod von Rainer Schmalz-Bruns am 30. März 2020 markiert für die Geschichte der Politischen Theorie in Deutschland einen Einschnitt. Sie verliert eine vermittelnde Figur, die nicht nur auszugleichen verstand zwischen den VertreterInnen normativer Ansätze und denjenigen einer Theorie der Politik, sondern ihr Zusammenwirken in einem anspruchsvollen Konzept sozialwissenschaftlicher Theoriebildung gebündelt hat. Schmalz-Bruns verwahrte sich gegen einen historistischen oder moralischen, vor allem aber gegen einen anti-normativen Reduktionismus, unerschütterlich verankert in einer institutionalistischen Sichtweise, die sein Denken in diagnostischer ebenso wie in präskriptiver Hinsicht anleitete. Das Scharnier, das seine komplexe Theorie für die Verbindung unterschiedlicher Zugangsweisen zum Gegenstandsbereich anbot, lag in seiner Konzeption von Demokratie, deren Modernisierung auf dem historischen Weg zu einer postnationalstaatlichen Konstellation zu seinem Lebensthema wurde.

Seine akademische Karriere verlief geradlinig. Nach einem Lehramtsstudium in Hamburg verzichtete Schmalz-Bruns auf das Referendariat und promovierte stattdessen 1989 mit einer Arbeit unter dem Titel *Alltag – Subjektivität – Vernunft. Praxistheorie im Widerstreit*, die die postmarxistische Phänomenologie aus Frankreich als wesentlichen Strang im philosophischen Diskurs der Moderne, nicht der Postmoderne, wie man damals sagte, etablierte. Im gleichen Jahr legte er einen interdisziplinären Forschungsbericht zur Institutionentheorie vor, auf dessen Basis dann ein großangelegtes DFG-Schwerpunktprogramm „Zur Theorie politischer Institutionen“ entstand. Damit stand er bereits mitten in den Auseinandersetzungen um die Professionalisierung der Disziplin, die damals wie heute aufs engste mit ihrem *standing* in der Forschungsförderung zusammenhängen. Als wissenschaftlicher Assistent ging Schmalz-Bruns 1989 an die Universität der Bundeswehr, die heutige Helmut-Schmidt-Universität; die Habilitation erfolgte dann 1994 an der Universität Hamburg mit seiner Arbeit *Reflexive Demokratie*, die als systematischer Bezugspunkt seine gesamte spätere Forschung anleiten würde. Nach einer einjährigen Professurvertretung in Gießen wechselte Schmalz-Bruns 1997 als Professor für Politische

* Peter Niesen, Universität Hamburg
Kontakt: peter.niesen@uni-hamburg.de

Theorie und Ideengeschichte an die Technische Universität Darmstadt; gleichzeitig übernahm er von 1997 bis 2003 das Amt des Vorstandssprechers in der Sektion für Politische Theorie und Ideengeschichte. 2005, nach einem einjährigen Aufenthalt am Berliner Wissenschaftskolleg, wechselte Schmalz-Bruns auf die Professur für Ideengeschichte und Theorien der Politik an die Leibniz-Universität Hannover. In seiner Hannoveraner Zeit übernahm er von 2010 bis 2016 die Leitung der *Politischen Vierteljahresschrift* (PVS). Schmalz-Bruns verstand die PVS als einen Ort, „an dem die wechselseitige Wahrnehmung der Teildisziplinen, ihrer Themen und Vertreter_innen organisiert wird“, wie er in einem Interview sagte (Schmalz-Bruns 2011a), das heißt als Organ der Selbstverständigung einer von zentrifugalen Kräften bestimmten Fachöffentlichkeit.

Die Darmstädter Zeit und das Engagement für die Theoriesektion strukturieren im Rückblick sein wissenschaftliches wie organisatorisches Schaffen. Schmalz-Bruns gehörte zum Typus des Gelehrten, für den sich ein autonomes Wissenschaftssystem aus Korporationen, nicht Eremiten zusammensetzt, und die Theoriesektion bildete schon seit den späten 1980er Jahren das Zentrum seiner Betätigung im Wissenschaftssystem. An Figuren mit hoher Organisationsenergie imponierte ihm, wie er in einem kurz vor seinem Tod verfassten Beitrag festhielt, das „zähe und konfliktreiche Ringen um ein modernes Selbstverständnis des Fachs [unter] inneren und äußeren Belastungs- und Bewährungsproben“ (Schmalz-Bruns i. V.) – eine Beschreibung, die auch als Selbstportrait durchginge. Die Sektion war von Anfang an vor allem ein Professionalisierungsorgan der Zunft, die in einer Findungsphase der deutschen Politikwissenschaft eine neue Existenzberechtigung für die Politische Theorie allererst erarbeiten musste und sich nicht mehr auf die natürliche Autorität der klassisch gebildeten Gründungsväter zurückbeziehen konnte. Andererseits sah Schmalz-Bruns die Theoriesektion auch als professions-pädagogisches Projekt, in dem er mehrere nachwachsende Generationen mit den Anforderungen, die eine akademische Karriere an sie stellt, allererst bekannt machte. Seine Fähigkeiten als Mentor und seine Bereitwilligkeit, sie auf höchst egalitäre Weise auszuüben, sind legendär. Als Lackmustest der Ernsthaftigkeit von Studierenden und ‚Nachwuchs‘-WissenschaftlerInnen konnten auch seine anspruchsvoll komponierten Texte dienen. Seine oft furchteinflößende Syntax stellte für viele eine Bewährungsprobe dar. Aber wie wollte man das, was zum Stand der Diskussion gleichzeitig zu bedenken war, in Sätzen würdigen, die weniger als 12 Zeilen umfassten?

Sein Stil der Auseinandersetzung war darauf gerichtet, dem jeweiligen Gegenstand in seinen Facetten gerecht zu werden, um umfassende, leicht ironische, aber stets zivile Kritik zu üben. Viele seiner besten Aufsätze formulierte er daher im Zwiegespräch, in Bänden, die sich dem Werk von AutorInnen wie Heidrun Abromeit, Herfried Münkler oder Jürgen Habermas widmen. Habermas' Schriften zur postnationalen Konstellation hielt er den Mangel an Verbindlichkeit vor, dem selbst allgemein zugängliche, diskursive Governance-Prozesse nicht abhelfen können, während er Heidrun Abromeits Arbeiten zur europäischen Demokratie die Idee einer „reflexiven Konstitutionalisierung“ soufflierte, um eine provisorische Idee demokratischer Staatlichkeit „über den Nationalstaat hinaus“ zu retten (Schmalz-Bruns 2007: 285; 2005: 218). Während er in zeitdiagnostischer, soziologischer und institutioneller Hinsicht stets das Widerlager in der Realität einklagte, das die bewunderten konstruktiven Entwürfe zuweilen vermissen ließen, zweifelte er daran, ob sich aus der kontrastierenden „realistischen“ Position eines Herfried Münkler ein „eigenständiges und nicht-parasitäres normativ-analytisches Profil“ gewinnen ließe. Dazu müsse entweder gezeigt werden, wie der Realismus sich selbst „als konstitutives Moment in ge-

sellschaftlichen und politischen Prozessen“ zur Geltung bringt, sprich, als normative Ressource eigener Art auftritt, oder aber eine ausgreifende Konzeption realistischer politischer Theorie in republikanischer Absicht als Angebot gesellschaftlicher Selbstverständigung entwickelt werden (Schmalz-Bruns 2011b: 609, 623).

Reflexive Demokratie, seine Hamburger Habilitationsschrift von 1995, entwickelte eine neue Konzeption deliberativer Politik, die, durch sozialphilosophische Einsichten ermutigt, bisher brachliegende zivilgesellschaftliche Demokratiepoteziale mit klarem institutionellem Fluchtpunkt ausschöpfen wollte. Über Habermas' Problemformulierung in *Faktizität und Geltung* (1992) hinaus lässt sich die Arbeit als Beitrag zur Modernisierung demokratiewissenschaftlichen Denkens verstehen, als „metapolitische Radikalisierung partizipatorischer Demokratie“ (Schmalz-Bruns 1995: 161). „Metapolitisch“ hieß hier nicht, dass der Versuch gemacht würde, jenseits institutioneller Politik den Rahmen politischer Wahrnehmung zu verändern. Es bezeichnete vielmehr den Anspruch, selbst tief eingegrabene Kompetenzverteilungen des parlamentarischen Systems der Prüfung zu unterziehen. Unter „Radikalisierung“ hingegen verstand Schmalz-Bruns, dass gesellschaftliche Akteure den staatlichen Kernzuständigkeiten Bereiche der Selbststeuerung abringen sollten, ohne diese damit qualitativen und Effizienzkriterien zu entziehen. Eine solche Radikalisierung auf der Basis eines *kognitivistischen Politikverständnisses* sollte in partizipatorischen Praktiken der Selbstregierung für konkret identifizierte Problembestände möglich sein (vgl. ebd.: 99).

Das Versprechen der *Reflexiven Demokratie* lag also in ihrem Plädoyer für eine Intensivierung bürgerlicher Partizipation, die sich ganz unwahrscheinlicher Weise gleichzeitig am kognitiven Anspruch der Demokratie messen lassen sollte. Unter Kognitivismus versteht man allgemein, dass ein bestimmter Bereich von Aussagen wahrheitsfähig ist. Auch wenn dies auf den ersten Blick für den Bereich der Politik kontraintuitiv erscheinen mag, ist mit einer kognitivistischen Sichtweise zunächst der große Vorteil verbunden, dass politische Aussagen auch falsch sein, sie möglicherweise sogar falsifiziert werden können, dass also politische Praxis sich nicht in der ständigen Wiederholung des Identischen, bereits Abgehakten erschöpfen muss, sondern fehlschlagende *policies* auf der Basis von Gründen oder Erfahrungen als widerlegt gelten können. Allerdings nimmt man umgekehrt mit der Unterstellung, dass Demokratie wahre oder korrekte, zumindest kognitiv respektable und nicht bloß um Hegemonie konkurrierende Ergebnisse produzieren kann, eine beträchtliche Erklärungslast auf sich. Schmalz-Bruns entwickelt seinen politischen Kognitivismus auf der Basis von und in Abgrenzung zu den Kantianischen Konstruktivismen von Habermas (1992) und Rawls (*Politischer Liberalismus*, 1993), die mittels ihrer Verständnisse öffentlicher Vernunft zwar keine neue Spezies von Tatsachenwahrheiten produzieren wollten, wohl aber von der Möglichkeit nicht nur konsensfähiger, sondern *richtiger* Antworten auf praktische Fragen überzeugt waren, deren post-agonistisches Verständnis des Politischen jedoch nur schwerlich mit Expertise-bedürftigen *policy*-Fragen zu verklammern war. Zu Recht beklagt Schmalz-Bruns hier den um sozialstaatliche Themen beraubten, eingeschränkten Skopus des Vernunftgebrauchs beim späten Rawls, während er bei Habermas den Bereich des Diskursiven zu stark gegen die Artikulation von Sonderinteressen immunisiert sieht und generell gegen die institutionell monistische Fesselung des Demokratischen ins Feld zieht. Mit Unterstützung seitens einer republikanischen Sozialphilosophie, die in unbeschädigt sozialisierten DemokratInnen nicht nur rationale Teufel sehen mag, kann Schmalz-Bruns gegen Habermas behaupten, dass politische Vernunft (als wahrheitsanaloger Erfolgsbegriff) sich nicht nur in Diskursen, sondern auch

in anspruchsvollen Verhandlungen soll geltend machen können, um sich so ihre Ausstrahlung von den Gipfeln der *high politics* bis in die Ebenen der Festlegung und Prüfung von *policies* zu sichern. Dabei hilft ihm eine pragmatistisch-prozessuale Interpretation kognitivistischer Politik als reflexiv nachvollziehbare Problemlösung, als deren Orte er neben der auf abstrakte Zuständigkeitsverteilung reduzierten parlamentarischen Entscheidungsfindung auch Netzwerke, Verhandlungssysteme und neuartige deliberative Arenen vorsieht. Diese Dezentrierung und Erweiterung partizipatorischer Politik wurde in den neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts noch nicht in der Semantik von ‚Mini-Publics‘ als ‚demokratische Innovation‘ verkauft, griff ihnen aber in der sachlichen Ausrichtung, zum Beispiel der Mediation von großen Infrastrukturentscheidungen oder partizipativen Verfahren der Technikfolgenabschätzung, bereits voraus. Auch wenn sich die Hoffnungen auf spontane Selbstorganisation von Assoziationen kaum erfüllten, ist doch die Leistungsfähigkeit einer partizipatorischen Generierung von Expertise seither gut bestätigt und auch theoretisch unterfüttert (Landemore 2013; Neblo 2015), so dass Schmalz-Bruns’ dezentraler Kognitivismus heute, im Zeitalter einer erneuerten epistemischen Orientierung der Demokratietheorie (Lafont 2000), womöglich anschlussfähiger dasteht als seine konflikt- und kontingenzdemokratischen ZeitgenossInnen. Dabei wäre für die Modernisierung seines Ansatzes zu fragen, inwiefern das reflexive Paradigma die volle Breite heutiger kognitivistischer Demokratieversprechen ausschöpfen kann. Wenn der politische Kognitivismus der Gegenwart seine Hoffnungen nicht mehr nur allein auf deliberative, d. h. im engeren Sinn Gründe-basierte nachvollziehbare Normengenese, setzt, sondern mechanistischere Varianten wie das *Condorcet Jury Theorem* oder das *Diversity beats Ability Theorem* auf ihre Vorzüge überprüft (Spiekermann / Goodin 2018), könnte der Problemlösungsbezug der deliberativen wie der aggregativen Traditionen eine *lingua franca* bereitstellen, um die unterschiedlichen Weisen, Demokratie als Erfolgskonzept zu formulieren, miteinander ins Gespräch zu bringen.

Die eigentliche Idee der reflexiven Politik ist bis heute nicht ausgeschöpft. Schmalz-Bruns führt sie in einer knappen Skizze im siebten Kapitel des Buches ein, das als Scharnier fungiert zwischen dem kritischen Teil, dem die gescheiterte Theorie zivilgesellschaftlicher Selbststeuerung bei Cohen und Arato als Leitfaden dient, und dem konstruktiven Teil des Buches, der sich von Ansätzen einer deliberativen *policy*-Forschung inspirieren lässt. Sie bezieht sich auf die „Arbeitsteilung“ zwischen unterschiedlichen, für die Generierung von Expertise offenen Foren. Anstelle der Monopolisierung politischer Entscheidungen im Zentrum des politischen Systems soll eine Vielfalt gesellschaftlicher Selbstorganisationsformen ermutigt werden. Dabei ist allerdings vor allem eine folgenlose Pluralisierung und Politisierung zu vermeiden – als ein Beispiel hebt Schmalz-Bruns die selbstbezüglich identitätspolitischen Schleifen der Zivilgesellschaft hervor, die jenseits der Mechanismen politischer Problemlösung nur Fallstricke erzeugen könnten (vgl. Schmalz-Bruns 1995: 132). Der Schlüssel der reflexiven Demokratie liege dagegen in einer „*Politisierung und Demokratisierung des Zusammenspiels unterschiedlicher Formen von Demokratie*“ (ebd.: 164; Hervorhebung im Original). Die Dauerreflexion auf die Bedingungen öffentlicher Willensbildung soll dabei zugleich der Qualitätsverbesserung und der Steigerung der Angemessenheit von Entscheidungen dienen: In Passagen, die auf die heutige Diskussion des sogenannten *boundary problem* in der Demokratie vorausweisen, plädiert Schmalz-Bruns dafür, Entscheidungsverfahren die Klärung des Subjekts und der Reichweite der Regelung vorzuschalten.

Die Ausstrahlungskraft der *Reflexiven Demokratie* erschöpft sich mithin nicht in ihrem Bezug auf die nationalstaatlich eingehegte Demokratie. Schmalz-Bruns zweiter un-

verzichtbarer Beitrag zur Politischen Theorie der Gegenwart liegt in seinen Schriften zur Demokratie unter Bedingungen der Globalisierung, die seit der Darmstädter Zeit ab 1997 entstanden. Das Darmstädter Institut hatte den Vorzug, dass die politikwissenschaftlichen Teildisziplinen sich alle auf ein *governance*-theoretisches Vokabular eingelassen hatten. Dort führte Schmalz-Bruns die emergierenden Diskussionen über die Legitimität transnationalen Regierens und den Formwandel der Demokratie zusammen, die aus den Internationalen Beziehungen, der Vergleichenden Politikwissenschaft und sogar aus der Policy-Forschung kamen, und verpasste ihnen ein gemeinsames diskursives Gerüst in dem, was er 1999 in der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* auf den Begriff des „Deliberativen Supranationalismus“ brachte (Schmalz-Bruns 1999: 185–244). Schmalz-Bruns überzeugte der Ansatz der Europastudien wenig, in den Deliberationen auf der administrativen Ebene der Europäischen Union ein Anschlussprojekt für nationalstaatliche Demokratie zu sehen. Sein eigenes Demokratieprojekt verlangte von den Institutionen jenseits des Nationalstaats, „reflexive, aktivierende und prozessperfektionierende“ Elemente miteinander zu verbinden (ebd.: 190), um den Nationalstaat beerben zu dürfen, ohne seine Funktionen vollständig zu absorbieren. Eine epistemische Verbesserung der *outputs* konnte nur unter der Bedingung als Fortschritt gelten, dass die Teilhabemöglichkeiten verallgemeinert wurden und die zur konstitutionellen Transformation berechtigten Akteure auch HerrInnen des Verfahrens blieben. Der Schlüsselbegriff seines Denkens ist daher die „hierarchische Selbsteinwirkung“ (Schmalz-Bruns 2005: 216; 1999: 233; 2007: 294), zu der Bevölkerungen auch jenseits staatlicher Grenzen noch in der Lage sein müssten. Diese angemahnte Fähigkeit zur Selbstintervention hat Schmalz-Bruns gegenüber kommunikativen und kontestatorischen Governance-Modellen nie zur Disposition gestellt. Damit hat der Autor des „Deliberativen Supranationalismus“ auf fast schon ironische Weise den newestfälischen Zug, der die Entwicklung der globalen Ordnung und ihre Begleitforschung seit mehr als einem Jahrzehnt kennzeichnet, gerade in seinen programmatischen Beiträgen zur Überwindung des nationalen Regierens deutlich vorweggenommen.

„Hierarchische Selbsteinwirkung“ ist nichts anderes als das, was vom Staat übrigbleiben muss, um Ideen demokratischer Selbstbestimmung jenseits der Allmachtsphantasien des Souveränitätsdenkens in die Gegenwart zu retten. Die Fähigkeit zur Selbsteinwirkung darf aber nicht mit dem effektiven Krisenmanagement verwechselt werden, das uns gegenwärtig als überlegenes Merkmal digital-autokratischer Systeme verkauft wird. Sie zeigt sich Schmalz-Bruns zufolge nicht in der Verfügung über Gewaltmittel oder Ordnungspolitiken, sondern in der institutionell gewährleisteten Fähigkeit, in die Programmierung der eigenen Normierungs- und Machtpotentiale selbst noch einmal transformierend eingreifen zu können. Demokratie bezeichnete dann hauptsächlich noch die Fähigkeit, die Bedingungen politischer Arbeitsteilung selbsttätig zu bestimmen. In der transnationalen Politik, so geschmeidig sie auf die verschiedenen Notstandsangebote des 21. Jahrhunderts reagieren mag, ist damit allerdings eine große Abwesenheit bezeichnet. Was in einer Zeit, in der wir von einem exekutivischen Notstand zum nächsten hasten, vor allem zu vermissen ist, sind gerade reflexive institutionelle Vorkehrungen, in denen die Neuordnung von Macht und Befugnissen auf eine den Tageserfordernissen entzogenen Weise geplant und durchgeführt werden könnte. Was zu tun wäre, um in der gegenwärtigen Lage etwa die flexiblen europäischen Reaktionen auf die voraussagbaren Zyklen von Ausnahmesituationen verfassungsförmig programmieren zu können – sei es durch Änderung der Verträge, basisdemokratische Initiativen oder die Institutionalisierung von Verfassungspolitik – entzieht sich gegenwärtig zwar nicht der demokratischen Imagination, wohl aber seriöser Voraussage.

Transformationen sind, so Schmalz-Bruns, insofern dem Historischen Institutionalismus verpflichtet, jedenfalls auf solche *critical junctures* angewiesen, um sich in der Wirklichkeit zur Geltung zu bringen. Seine jüngeren Arbeiten waren, darin einem anderen *elder statesman* der Politikwissenschaft, Claus Offe, vergleichbar, von einer zunehmenden Sensibilität für „Eintrittswahrscheinlichkeit[en]“ geprägt, und nicht eben optimistisch. In konstruktiver Perspektive stellen diejenigen „Elemente von Staatlichkeit“, auf die jede hierarchische Selbsteinwirkung zurückgreifen muss, bleibende Erfolgsbedingungen politischer Vergesellschaftung auch jenseits des Nationalstaats dar (Schmalz-Bruns 2018). Rainer Schmalz-Bruns ist zur Ausarbeitung seiner staatstheoretischen Überlegungen angesichts der veränderten zeithistorischen Umstände nicht mehr gekommen, aber bereits seine vorliegenden Arbeiten untergraben nachhaltig die falsche, nur vermeintlich vollständige Alternative, zwischen der Erhaltung nationaler Sicherheits- und Sozialstaatlichkeit und der Unterwerfung unter die Systemimperative supranationalen Regierens wählen zu müssen.

Literatur

- Lafont, Cristina, 2020: *Democracy without Shortcuts. A Participatory Conception of Deliberative Democracy*, Oxford.
- Landemore, Hélène, 2013: *Democratic Reason. Politics, Collective Intelligence, and the Rule of the Many*, Princeton.
- Neblo, Michael, 2015: *Deliberative Democracy between Theory and Practice*, Cambridge.
- Schmalz-Bruns, Rainer, 1995: *Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik*, Baden-Baden.
- Schmalz-Bruns, Rainer, 1999: *Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats*. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6 (2), 185–244.
- Schmalz-Bruns, Rainer, 2005: *Demokratie im Prozess der Globalisierung. Herausforderung und Perspektiven normativer politischer Theorie*. In: Tanja Hitzel-Cassagnes / Thomas Schmidt (Hg.), *Demokratie in Europa und europäische Demokratien. Festschrift für Heidrun Abromeit*. Wiesbaden, 207–223.
- Schmalz-Bruns, Rainer, 2007: *An den Grenzen der Entstaatlichung. Bemerkungen zu Jürgen Habermas' Modell einer „Weltinnenpolitik ohne Weltregierung“*. In: Peter Niesen / Benjamin Herborth (Hg.), *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*, Berlin, 269–293.
- Schmalz-Bruns, Rainer, 2011a: *Publizieren, aber wie? – Ein Interview*; <https://www.theorieblog.de/index.php/2011/12/publizieren-aber-wie-ein-interview-mit-rainer-schmalz-bruns/>, 15.7.2020.
- Schmalz-Bruns, Rainer, 2011b: *Die Aufgaben Politischer Theorie – eine „realistische“ Neuvermessung?* In: Harald Bluhm / Karsten Fischer / Marcus Llanque (Hg.), *Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte*, Berlin, 607–626.
- Schmalz-Bruns, Rainer, 2018: *Konstituierende Gewalt zwischen Faktizität und Geltung* (Patberg-Buchforum Teil 1), *Theorieblog* vom 5.12.2018; <https://www.theorieblog.de/index.php/2018/11/patberg-buchforum-1-konstituierende-gewalt-zwischen-faktizitaet-und-geltung/>, 15.7.2020.
- Schmalz-Bruns, Rainer, i.V.: *Kampf um sozialwissenschaftliche Professionalisierung*. In: Peter Niesen / David Weiß (Hg.), *100 Jahre Politikwissenschaft in Hamburg. Bruchstücke zu einer Instituts-geschichte*, Bielefeld.
- Spiekermann, Kai / Goodin, Robert, 2018, *An Epistemic Theory of Democracy*, Oxford.